

Standortbestimmung in der Atomwaffenfrage

Autor(en): **Kurz, H.R.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : Monatszeitschrift für Armee und Kader mit FHD-Zeitung**

Band (Jahr): **34 (1958-1959)**

Heft 5

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-704871>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der Schweizer Soldat

ZEITSCHRIFT ZUR FÖRDERUNG DER WEHRHAFTIGKEIT UND DES WEHRSPORTES

Herausgeber: Verlagsgenossenschaft «Schweizer Soldat», Zürich 1, Redaktion: E. Herzig, Gundeldingerstr. 209, Basel. Telefon (061) 34 41 15
Administration, Druck u. Expedition: Aschmann & Scheller AG., Zürich 1, Tel. 32 71 64. Post-Konto VIII 1545. Abonnement Fr. 9.— im Jahr

Erscheint am 15. und Letzten des Monats

5

34. Jahrgang

15. November 1958

Standortbestimmung in der Atomwaffenfrage

Von Major H. R. Kurz, Bern

I.

Die öffentliche Diskussion über die Reform unserer Armee, das heißt der Anpassung ihrer Organisation, Bewaffnung und Kampfweise an die Bedürfnisse des modernen Krieges, ist fast über Nacht vollkommen in den Hintergrund gedrängt worden durch die Auseinandersetzung über ein neues, grundlegendes Problem der schweizerischen Landesverteidigung: die bedrängende Frage, ob schon heute die notwendigen Schritte unternommen werden sollen, um in einer näheren oder fernerer Zukunft *unsere Armee mit Atomwaffen auszurüsten*. Das überaus ernste Problem der atomaren Rüstung der Schweizer Armee ist heute die wohl brennendste Tagesfrage, an deren Klärung weit über den militärischen Bereich hinaus sämtliche Kreise unseres Volkes mit jener Leidenschaft Anteil nehmen, die diesem für uns schicksalhaften Problem gebührt. Dabei ist es auffallend, wie stark diese Aussprache in der Presse und in öffentlichen Versammlungen kontradiktorisch geführt wird: der große Ernst des Problems und die innere Unsicherheit, in der wir stehen, macht es notwendig, daß alle Argumente Für und Wider mit aller Gründlichkeit geprüft werden.

Die außerordentliche Bewegtheit der gegenwärtig geführten Atomwaffendiskussion könnte leicht darüber hinwegtäuschen, daß die ganze Frage für uns zurzeit gar nicht von unmittelbarer Aktualität ist. Das Problem der Atombewaffnung unserer Armee steht im heutigen Zeitpunkt noch keineswegs vor seiner Lösung. Es wird aller Voraussicht nach noch Jahre dauern, bis hierfür ein Entscheid getroffen werden kann; bis dahin werden sich die Verhältnisse in mancher Hinsicht geändert haben. Dennoch hat diese sachlich zweifellos verfrühte Diskussion sicher ihr Gutes: sie erlaubt es, das ganze weitschichtige Problem in seiner vollen Tragweite zu erfassen und zu einer Bereinigung der öffentlichen Meinung zu gelangen, damit wir von den Ereignissen nicht überrascht werden und damit wir ohne Überstürzung unsere Entscheide treffen können, wenn wir früher als erwartet dazu aufgerufen werden sollten. Es hat sich bisher in diesen öffentlichen Auseinandersetzungen über Armeefragen immer wieder gezeigt, daß sich die ursprünglich stark auseinanderlaufenden Auffassungen im Verlauf der Diskussion immer mehr angenähert haben und daß schließlich aus dem Läuterungsprozeß des öffentlichen Gesprächs eine Vermittlungslösung herausgewachsen ist, der alle Teile zustimmen konnten — ohne daß es ein billiger Kompromiß zu sein brauchte. Gleiches darf sicher auch vom heutigen Atomwaffendisput erwartet werden.

II.

Wie ist es zu diesem plötzlichen Aufflammen der Atomdiskussion gekommen? In den letzten zwei bis drei Jahren waren es fast ausschließlich militärische Kreise, die auf die militärische Notwendigkeit der Ausrüstung unserer Armee mit Atomwaffen hinwiesen. Verschiedene Offiziere erhoben diese Forderung in öffentlichen Vorträgen, die «Allgemeine Schweizerische Militärzeitung» unterstützte zu mehreren Malen diesen Ruf, und eine von der Schweiz. Offiziersgesellschaft für das Studium der Armeereform eingesetzte Studienkommission gelangte im Frühjahr 1957 einstimmig zum Schluß, daß «der Einsatz von eigenen Atomwaffen die bedeutendste Verstärkung unserer Landesverteidigung darstellen würde». Auch der Chef des Eidg. Militärdepartements stellte sowohl in verschiedenen öffentlichen Vorträgen wie auch in Beantwortung von Anfragen in den eidgenössischen Räten mehrfach fest, daß die Frage der Einführung von Kernwaffen in unserer Armee sehr eingehend geprüft werden müsse. Alle diese Erklärungen hatten in unserer

Öffentlichkeit ein relativ geringes Echo. Erst durch die beschwörenden Warnungsrufe bedeutender Persönlichkeiten, wie namentlich eines Albert Schweitzer und Bertrand Russell und vor allem mit dem Aufleben der großen Anti-Atomkampagnen in Großbritannien und Westdeutschland, die mit den Schlagworten «Lieber rot als tot» oder «Lieber der Kreml als das Krematorium» geführt wurden, kam die Diskussion auch bei uns auf breiter Basis in Gang. Diese schweizerische Kontroverse trug bald alle Zeichen des Imports aus dem Ausland, wobei übersehen wurde, daß namentlich in Deutschland die Atomdiskussion sehr eng mit der dortigen innenpolitischen Problematik verknüpft ist. Insbesondere wurde diese wenig originelle Nachahmung des Feldzugs «gegen den Atomtod» bald zum Mittel der parteipolitischen Auseinandersetzung gemacht, ohne dabei zu berücksichtigen, daß die ausländische Diskussion unter grundlegend andern Verhältnissen entstanden war, als sie bei uns vorliegen.

Nachdem sich im März 1958 die Jahresversammlung des internationalen Zivildienstes gegen eine Ausrüstung der Schweizer Armee mit Atomwaffen ausgesprochen hatte, nahm der sozialdemokratische Parteitag des Kantons Bern vom 16. März gegen eine Atombewaffnung unserer Armee Stellung und benützte den Slogan «Gegen Atomwaffen in unserer Armee» als Parole für die diesjährigen bernischen Grobratswahlen. Wiederum war dann die bernische Sozialdemokratie führend beteiligt an einem am 19. Mai gegründeten Initiativkomitee, an dessen Spitze der bernische Regierungsrat Giovanoli stand, und der sich zum Ziel setzte, eine Verfassungsinitiative gegen die Herstellung, Einfuhr, Durchfuhr, Lagerung und Anwendung von Atomwaffen und ihrer Bestandteile in der Schweiz aufzulegen. Gegen diesen Versuch, ein parteipolitisches Geschäft mit der Atomangst zu tätigen, wandte sich am 9. Juni eine Gruppe von 36 der prominentesten Gewerkschaftsführer und Sozialdemokraten mit einer Erklärung, in der das Vorgehen der Giovanoli-Gruppe entschieden abgelehnt und als «selbstmörderische Resignation» gebrandmarkt wurde. Die dadurch entstandene Meinungsdivergenz innerhalb der Sozialdemokratie veranlaßte deren Parteipräsidenten, Nationalrat Bringolf, einen mahnenden Ordnungsruf zu erlassen und sich in einer ziemlich gewundenen Erklärung von beiden Gruppen zu distanzieren: für den Entscheid in dem Streit wurden die Parteiorgane angerufen. Am 21. Juni lehnte dann der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei mit großer Mehrheit (44 zu 5 Stimmen) eine Unterstützung der Verfassungsinitiative ab; dagegen kam in der Geschäftsleitung dieser Partei am 9. August nur ein äußerst knapper Entscheid (27 zu 26 Stimmen) zugunsten eines Antrags Bringolfs zustande, welcher die endgültige Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Atomwaffenfrage zurückstellen wollte bis zum Vorliegen eines konkreten bundesrätlichen Antrags; 26 Stimmen entfielen auf einen Vorschlag, der die grundsätzliche Ablehnung jeder Beschaffung von Atomwaffen für unsere Armee forderte. Fortsetzung folgt.

